

Offenes Forum – unbeantwortete Fragen

Zum zweiten Mal fand in diesem Jahr neben dem Weltwirtschaftsforum WEF in Davos das sogenannte Open Forum statt. Anders als die Veranstaltungen am WEF standen diese Podiumsdiskussionen allen Interessierten offen. Was dem Publikum dabei geboten wurde, war haarsträubend.

Lis Füglistner

In der Aula der Davoser Mittelschule trafen sich VertreterInnen von auserwählten Nichtregierungsorganisationen mit WEF-TeilnehmerInnen aus Politik und Wirtschaft zu einem gesitteten Dialog. Nachdem das Open Forum dem Nestlé-Chef Peter Brabeck bereits vor einem Jahr die Möglichkeit geboten hatte, Unwahrheiten zu verbreiten, die widerspruchlos im Raum stehen geblieben waren, nutzte er dieses Jahr die öffentliche Plattform am Panel über fairen Handel dazu, zu verkünden, dass nicht gerechter Handel sondern eine Steigerung des weltweiten Kaffeekonsums die Lösung sei, um die Kaffee exportierenden Länder aus der Armut zu führen. Danach gefragt, was die Verantwortung der internationalen Konzerne sei, meinte er unverfroren: "Die wichtigste soziale Verantwortung eines CEO ist das Absichern des nachhaltigen Profits für das Unternehmen".

Mitverantwortung abgelehnt

Nicht weniger zynisch waren gewisse Statements am Open Forum zum Thema: Hat die Globalisierung das Risiko von Finanzkrisen erhöht? An diesem Podium sass Frau Benu Schneider von der Welthandelsorganisation Unctad neben der Vizepräsidentin des Internationalen Währungsfonds IWF, Anne Krueger. Bruno Gurtner von der Arbeitsgruppe der Hilfswerke nahm neben Kevan Watts von Merrill Lynch International Platz. Als Vertreter der von den verheerenden Folgen der Finanzkrisen besonders stark betroffenen "Entwicklungsländer" wurde der mexikanische Finanzminister Francisco Gil Díaz eingeladen. Ausgerechnet der Mann, der während der Finanzkrise in Mexiko die neoliberalen Strukturanpassungsmassnahmen des IWF unerbittlich durchsetzte und dazu beitrug, dass jeglicher Widerstand aus der Bevölkerung von der Polizei brutal niedergeschlagen wurde.

In der Podiumsrunde herrschte Einigkeit darüber, dass Finanzkrisen, wie sie in den letzten zehn Jahren asiatische und lateinamerikanische Länder erlebt haben, in Zukunft verhindert werden müssen. Die Bereitschaft aber, die Bedeutung der global agierenden Konzerne und wirtschaftlichen Institutionen kritisch zu hinterfragen, ihre Mitverantwortung zu anerkennen und Verbesserungen anzustreben, wurde auf dem Podium in keiner Weise signalisiert. Auf die Frage, wie verhindert werden könnte, dass die Folgen der Finanzkrisen auf dem Buckel der Ärmsten ausgetragen werden, meinte Anne Kueger, der IWF würde keinem Land irgendwelche Massnahmen aufzwingen. "Jedes Land kann frei darüber entscheiden, ob es die Staatsausgaben senken oder die Steuereinnahmen erhöhen will".

Gegen Steuerhinterziehung

Bruno Gurtner von der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke nutzte die Gelegenheit der Publizität, um auf die Kampagne gegen internationale Steuerhinterziehung aufmerksam zu machen (siehe Beilage). Er erläuterte, dass den Entwicklungsländern durch die Steuerflucht jährlich etwa 5 Mrd. \$ entgehen und forderte die Schweizer Regierung auf, Steuerhinterziehung als Straftat zu anerkennen. Da an dieser

Veranstaltung keine Regierungsvertreter anwesend waren, blieb diese Forderung unbeantwortet im Raum stehen.

Auch viele Fragen aus dem Publikum blieben unbeantwortet oder wurden mangels Aussicht auf eine ernsthafte Antwort gar nicht gestellt, wie eine Frau aus dem Publikum beteuerte: "Ich werde Sie jetzt nichts fragen, weil ich nicht davon ausgehe, dass ich irgendeine Aufklärung erhalte, muss Ihnen aber schon sagen, dass ich vom Niveau dieser Veranstaltung richtig geschockt bin".